

Text

Von Zeile 519 bis 531:

Viele ~~Entwicklungsländer~~ Länder des Globalen Südens sind überschuldet. ~~Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines~~

~~Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus~~ Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds befinden sich Anfang 2021 über die Hälfte der Länder mit niedrigem Einkommen in einer Schuldenkrise oder stehen kurz davor stehen. Das derzeitige ~~Schuldenmoratorium~~ Schuldendienstmoratorium der G20 als Antwort auf Corona ist richtig, verschiebt das Problem aber nur in die Zukunft. Wir brauchen eine nachhaltige Schuldenrestrukturierung mit einen echten Schuldenerlassen. ~~Dafür muss~~ Nur so können die überschuldeten Schwellen- und Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, klimafreundliche und inklusive Entwicklungsstrategien finanziell auch zu stemmen. Zur Vorsorge künftiger Überschuldungskrisen setzen wir uns für ein international bei den Vereinten Nationen angesiedeltes, transparentes und unabhängiges

~~Staateninsolvenzverfahren~~ unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für ~~die Länder geschaffen werden~~ Staaten ein, die überwiegend nicht in ihrer eigenen

Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem ~~Insolvenzverfahren~~ solchen Verfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass einzelne

Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private Gläubiger wie Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten

Staaten im globalen Süden auch ermöglichen, Handlungsspielräume für sozial-ökologische Transformationsprozesse eröffnen, etwa um ihre ~~Gesundheitssysteme~~ Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme zu verbessern, sie für

alle zugänglich zu machen sowie ~~Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene voranzutreiben~~ die öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken. Zeitnahe Schuldenerlasse und -umwandlungen ~~soll~~ muss es für Maßnahmen ~~im~~

im Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-